

# Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Ein unvollendetes Kooperationsprojekt

Wolfgang Filc

Lohnpolitik und Geldpolitik sind für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und für wirtschaftliche Konvergenz in der Europäischen Währungsunion von eminenter Bedeutung. Das erfordert Lohnabschlüsse, die der wirtschaftlichen Leistungskraft der Mitgliedsländer der Eurozone entsprechen und Raum für eine beschäftigungsorientierte Geldpolitik geben. Geschieht das nicht, bleibt es bei der Separierung von Lohnpolitik und Geldpolitik sowie einer zwischen den Ländern nicht abgestimmten Lohnpolitik, so legt das die Axt an die Währungsunion. Dieser Beitrag stellt deshalb ein Kooperationsdesign für die Lohnpolitik und die Geldpolitik vor, orientiert an Preisstabilität und hoher Beschäftigung.

1

## Skepsis, Verheißungen, Fakten zur EWU

### 1.1 EINSCHÄTZUNGEN UND ERGEBNISSE

Die wirtschaftliche Integration Europas steht in Deutschland seit jeher unter skeptischer Beobachtung der Öffentlichkeit. 1979, beim Start des Europäischen Währungssystems (EWS), wurde von der Mehrzahl der Ökonomen konstatiert, dass dieses Festkurssystem entweder scheitern oder in einer Inflationsgemeinschaft enden müsse. Es kam anders. Ohne den Erfolg des EWS wäre der einheitliche europäische Binnenmarkt nicht möglich gewesen, auch nicht das Schengener Abkommen und die EU-Erweiterungen. Zehn Jahre später, bei der Veröffentlichung des Delors-Berichts, der einen Fahrplan zur Europäischen Währungsunion (EWU) beinhaltet, übten die Kritiker von einst erneut den Schulterchluss, weitgehend mit den alten Parolen, obgleich sie von der Realität widerlegt worden waren. Jede Einzelkritik an dem Projekt Währungsunion führte zum selben Ergebnis: Deutschland trägt die Lasten, zahlt die Zeche der Anderen. Einige behaupten das heute noch (Bohley 2004).

Skepsis und Kritik an der monetären Integration Europas wurden nach der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht akzentuiert, besonders deutlich in zwei Memoranden deutscher Wirtschaftswissenschaftler (FAZ 1998; Bofinger u.a. 1993). Beschrieben wurde ein Abstieg ins Chaos. Ein Kritiker stellte in einer Salve von Beiträgen fest: „Ende der Preisstabilität“ (Vaubel 1992, 1997, 1997a). Die Europäische Zen-

tralbank, so die Vermutung, werde ihre Unabhängigkeit gegen politische Pressionen nicht durchsetzen können, die Europäische Zentralbank werde von Partikularinteressen der Mitglieder des Rats der EZB beherrscht werden. Der Stabilitätspakt wurde als zu weich und unzureichend bezeichnet, die Nachhaltigkeit der Konvergenz sei nicht sichergestellt, es fehle in einigen Ländern der Europäischen Union an Stabilitätskultur. Es wurde kritisiert, dass der Euro das europäische Beschäftigungsproblem nicht lösen könne – wer hat das je behauptet? Es wurde als gesichert hingestellt, dass es einen gewaltigen Transferbedarf gebe, um zu verhindern, dass Menschen aus wirtschaftsschwachen Peripherieländern ins Zentrum der Währungsunion strömen. All das führte zur Konsequenz, das Projekt Währungsunion nach dem Drehbuch von Maastricht zu verwerfen, weil es zum Scheitern verurteilt sei. Eine Währungsunion mache nur am Ende eines politischen Prozesses hin zu einem europäischen Bundesstaat Sinn. Und, so könnte man hinzufügen, weil das eine Illusion ist, gilt das auch für eine Währungsunion.

Diese Kritikpunkte lassen sich schnell abhaken. Von Inflationierung ist keine Rede, vielmehr lavierten Länder der Währungsunion, vor allem Deutschland, einige Zeit am Rand der Deflation. Die EZB hat sich als stabil und resistent gegenüber politischem Druck erwiesen. Die EZB öffnete sich dem öffentlichen Diskurs, sie publiziert Inflationsberichte, verfeinerte mehrfach ihr Instrumentarium, das Zinsniveau war in den Ländern der Währungsunion niemals niedriger als gegenwärtig; besser hätte es die Bundesbank wohl auch nicht gemacht. Die Mutation der Europäischen Union zu einer Transferunion blieb ebenso aus wie eine Völkerwanderung, der wirt-

schaftliche Fortschritt in Peripherieländern ist eindrucksvoll.

Nach dem Übergang zum Euro kamen Kritikpunkte hinzu: Unterschiede der Inflationsraten und des Wirtschaftswachstums der Mitgliedsländer, Realzinsdifferenzen. Nach sechs Jahren zentralisierter Geldpolitik hat aber auch diese Kritik an Bedeutung verloren. Die Unterschiede zwischen den nationalen Inflationsraten sind geringer geworden, sie haben sich auf einem niedrigen Wert stabilisiert, die Standardabweichung hat sich deutlich verringert (SVR 2004, S. 79). Differenzen des Wirtschaftswachstums sind auch Ergebnis des Aufholprozesses von Ländern mit geringem Pro-Kopf-Einkommen. Wer will das schlecht heißen? Die Unterschiede des Wirtschaftswachstums zwischen den Ländern des Euroraums sind nicht mehr größer als zwischen US-Bundesstaaten. Zudem sind sie vor allem auf wirtschaftspolitische Fehler zurückzuführen, nicht der Währungsunion anzulasten.

Die Befürworter der Währungsunion erachteten den Euro als Voraussetzung für einen funktionsfähigen einheitlichen Binnenmarkt und für das Ende von Handelsbarrieren als Folge realer Wechselkursänderungen im EWS. Angenommen wurde, die Bündelung nationaler Währungen zu einer Gemeinschaftswährung werde zu Effizienzgewinnen und steigendem Wohl-

Wolfgang Filc, Prof. Dr., lehrt Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Geld, Kredit und Währung an der Universität Trier. Arbeitsschwerpunkte: Nationale und internationale monetäre Makroökonomik, Finanzmärkte, Stabilisierungspolitik. e-mail: filc@uni-trier.de

stand führen, der Euro werde an den Weltfinanzmärkten die hegemoniale Position des US-Dollars brechen und zu einem neuen Gleichgewicht der Kräfte führen, die Zinsentwicklung in Europa werde unabhängiger von jener in den USA. Schließlich wurde der Übergang zu einer einheitlichen Währung als Ferment für weitere Integrationsfortschritte erachtet. Dadurch werde der Prozess der Integration beschleunigt.

Einige dieser optimistischen Szenarien wurden enttäuscht. Der Euro wurde bislang nicht zum Wachstumsmotor für den gesamten Währungsraum. Der Euro hat an den Weltfinanzmärkten gegenüber dem US-Dollar Boden gut gemacht, ohne dessen Dominanz brechen zu können. Deshalb fällt die Zwischenbilanz des Euro durchwachsen aus. So ist deutlich geworden, dass der Euro eine Zwischenstufe des unvollendeten Projekts der europäischen Integration markiert. Jetzt gilt es, das Erreichte auszubauen und die wirtschaftliche Konvergenz zu beschleunigen, um zu verhindern, dass sich im Euroraum wirtschaftliche und soziale Spannungen aufbauen, die die Integration gefährden, möglicherweise gar die Währungsunion infrage stellen können. Der Euro erzwingt weitere Integrationschritte, es ist noch viel zu tun. Hierbei ist das Zusammenspiel zwischen den Trägern der Stabilisierungspolitik in das Blickfeld zu rücken, daran orientiert, angemessenes Wirtschaftswachstum bei hoher Beschäftigung und Preisstabilität zu erreichen.

## 1.2 INTEGRATIONSDEFIZITE DER MAKROÖKONOMISCHEN STABILISIERUNGSPOLITIK

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird von drei Preisen beherrscht: Lohnsatz, Wechselkurs und Zinssatz. Sie bestimmen Konjunktur und Wirtschaftswachstum, die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und somit den Leistungsbilanzsaldo, Richtung und Ausmaß des internationalen Kapitalverkehrs, die Kaufkraft des Geldes und die Einkommensverteilung. Deshalb ist eine Konstellation von Zinsniveau, Wechselkursen und Lohnsätzen unabdingbar, die ein inflationsfreies Wirtschaftswachstum bei hoher Beschäftigung ermöglicht. Ob das erreicht werden kann, wird auch davon bestimmt, ob Strukturprobleme von Märkten gelöst werden. Aber alles Feilen an Strukturen nutzt so lange nichts, wie diese drei zentra-

len Preise einer Ökonomie nicht im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele aufeinander abgestimmt sind. Deshalb muss es einmal Regeln geben, an denen diese drei zentralen Preise zu orientieren sind, zum anderen sind sie adäquat aufeinander abzustimmen. Fehlt es hieran, so sind gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen unvermeidbar. Das Herumbasteln an Strukturen allein nutzt dann wenig.

Die Lohnentwicklung wird von den Tarifparteien gestaltet, jedenfalls im Normalfall, also immer dann, wenn keine ausgeprägte Lohn drift zu verzeichnen ist. Hierfür sind Richtlinien zu beachten, um weder Preisstabilität noch Wirtschaftswachstum in Bedrängnis zu bringen.

Die Zinsentwicklung wird in funktionsfähigen Finanzsystemen maßgeblich bestimmt, ja dominiert, von Zinsimpulsen, die von der Zentralbank ihren Ausgang nehmen. Auch hierfür sind Regeln zu berücksichtigen.

Der Außenwert der Währung ist der Parameter, der nationale Preise und Kosten zu Größen macht, mit denen Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu bestehen haben. Der Wechselkurs ist aber auch ein besonders problematischer Parameter, weil er sich bei freier Marktpreisbildung in unvorhersehbarer Weise ändern und jede Kalkulation von Preisen und Kosten, die in einer bestimmten Währung getroffen werden, aushebeln kann. Eine Voraussetzung, damit die Bewertung von Währungen den ökonomischen Grundbedingungen der Länder entspricht, ist die Informationseffizienz von Devisenmärkten. Sie ist gegeben, wenn alle relevanten Informationen stets bestmöglich in der Wechselkursentwicklung abgebildet werden. Erfahrungen und empirische Untersuchungen zeigen, dass hierauf nicht gebaut werden kann (Filc 1997). Ferner sollten Devisenmärkte allokatoren effizient sein. Dann ist die Wechselkursentwicklung neutral für den internationalen Kapitalverkehr und für den Außenhandel. Deshalb sollte sich die Wechselkursentwicklung an internationalen Zinsdifferenzen orientieren: Die Währung eines Landes mit höherem Zinsniveau sollte im Ausmaß der Zinsdifferenz abwerten. In diesem Fall spielen nominale Zinsunterschiede zwischen Ländern keine Rolle für den internationalen Kapitalverkehr, weil unter Berücksichtigung von Wechselkursänderungen im Hochzinsland und im Niedrigzinsland die gleiche Rendite erzielt wird. Auch sollte die

Wechselkursentwicklung Inflationsdifferenzen zwischen Ländern kompensieren. Dann bleiben die realen Wechselkurse konstant, und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Ländern mit geringerer oder höherer Inflationsrate ist unberührt, sodass allein güterwirtschaftliche Bedingungen den internationalen Leistungsverkehr bestimmen, nicht Wechselkursänderungen.

Erfahrungen belegen immer wieder Kursentwicklungen, die den Bezug zu Unterschieden von Zinsniveaus und Preissteigerungsraten der Länder verloren hatten. Das musste zu Wohlfahrtseinbußen führen, nämlich zu von Wechselkursen bestimmten Kapitalbewegungen und Leistungsbilanzsalden, mit Politikfehlern und Einbußen bei Produktion und Beschäftigung im Gefolge.

Innerhalb der EWU hat man dem unberechenbaren und schädlichen Hin und Her von Wechselkursen mit dem Euro ein Ende bereitet. Die Stabilitätspolitik in der EWU hat damit einen Freiheitsgrad gewonnen, weil Auswirkungen ihrer Maßnahmen auf die Kursentwicklung zwischen europäischen Währungen nicht mehr zu beachten sind. Umso wichtiger wird es, Regeln für die Lohnpolitik und für die Geldpolitik zu bestimmen, zu befolgen und aufeinander abzustimmen. Hieran fehlt es. Die Geldpolitik ist zentralisiert. Überall in der EWU gilt ein einheitlicher Zins für einen gleichen Finanztitel oder für eine bestimmte Finanzierungsform, wird von Marktunvollkommenheiten abgesehen. Die nationalen Finanzmärkte der EWU-Länder wachsen zu einem einheitlichen europäischen Finanzraum zusammen. Daraus ergeben sich Effizienzvorteile, die auf etwas längere Sicht einen Beitrag zu einem höheren Wirtschaftswachstum leisten werden (Filc 1998).

Die Lohnpolitik der Tarifparteien der Länder der Eurozone ist dezentralisiert. Einen Kodex abgestimmten Verhaltens gibt es nicht. Die EZB kann bei ihren zinspolitischen Beschlüssen Signale, die von der Lohnpolitik ausgehen, schon deshalb nicht effizient berücksichtigen, weil nicht eindeutig ist, worauf zu achten ist: auf die Spanne zwischen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und nominalen Tarif- oder Effektivlohnsätzen in Deutschland, Spanien oder Italien, auf einen Durchschnitt, wenn ja, welchen? Das ist ein suboptimales Design der Stabilisierungspolitik in der EWU. Die Konstellation von Lohnentwicklung und Zinspolitik der EZB wird

so mehr dem Zufall überantwortet, weniger von den Trägern der Stabilitätspolitik bestimmt. Jeder Fortschritt auf diesem Gebiet wird einen Beitrag für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bei Preisstabilität leisten.

Worum geht es? Lohnpolitik und Geldpolitik sind für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der EWU von eminenter Bedeutung. Das erfordert, zu Lohnabschlüssen zu gelangen, die der wirtschaftlichen Leistungskraft der Mitgliedsländer der Eurozone entsprechen und Raum für eine beschäftigungsorientierte Geldpolitik geben. Geschieht das nicht, bleibt es bei der Separierung von Lohnpolitik und Geldpolitik sowie einer zwischen den Ländern nicht abgestimmten Lohnpolitik, so legt das die Axt an die Währungsunion. Für die europäische Integration wäre das verheerend.

## 2

### Ein Gesamtkonzept für die Lohn- und die Geldpolitik

#### 2.1 SEPARATISMUS VERSUS KOOPERATION

Ob aber eine Abstimmung zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik erforderlich ist, hängt von dem makroökonomischen Paradigma ab, dem gefolgt wird. Institutioneller Regeln bedarf es nicht, wenn alle Marktteilnehmer ihren Nutzen zu mehren suchen, wenn sie über alle relevanten Informationen verfügen und für Marktaktivitäten nutzen können und das auch tun. Dann ist das Marktsystem perfekt. Einen Bedarf zur Kooperation von Geldpolitik und Lohnpolitik gibt es auch dann nicht, wenn die Lohnpolitik keinen Einfluss auf die allgemeine Preisentwicklung hat und wenn die Geldpolitik realwirtschaftliche Größen nicht systematisch zu beeinflussen vermag. Dann gilt: „Werden die wirtschaftspolitischen Instrumente entsprechend ihren komparativen Vorteilen eingesetzt, ist die Finanzpolitik für die Umverteilung, die Lohnpolitik für die Beschäftigung und die Geldpolitik für die Preisstabilität verantwortlich“ Punkt. (Clausen/Willms 1993, S. 605). Daraus folgt auch, dass jede kooperative Strategie der Träger der Stabilitätspolitik auf der Grundlage eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts, national wie international, schädlich ist, weil

Wohlfahrtseinbußen unvermeidlich sind. Das ist die neoklassische Position. Wenn aber Märkte nicht immer so funktionieren, wie das wünschenswert wäre, sollten die Träger der Stabilitätspolitik auf Regeln und Kooperation verpflichtet werden. Dann gilt: „Ein zersplittertes Krisenmanagement, das die Handlungsfelder der Tarifpartner, der verschiedenen Gebietskörperschaften, der Sozialversicherungen und der Bundesbank jeweils nach Regeln einer partiellen Vernunft zu steuern sucht, verheddert sich ... in rivalisierenden und widersprüchlichen Programmen“ (Hengsbach 1997, S. 10). Diese andere Sicht verweist auf partielles Marktversagen, weil das Preissystem unvollkommen ist, weil die Wirtschaft nicht in güterwirtschaftliche und monetäre Teile getrennt ist, weil es eine Vielzahl von Interdependenzen zwischen Gütermärkten, Arbeitsmärkten und Finanzmärkten gibt, national wie global. Deshalb muss eine konzertierte Orientierung aller Träger der Stabilitätspolitik an gleichen Zielsetzungen zu einem besseren gesamtwirtschaftlichen Ergebnis gelangen. Andererseits ist zu bedenken, dass eine kooperative Strategie auch nachteilig sein kann.

Kooperation beinhaltet alle Maßnahmen eines aufeinander abgestimmten, zielgerichteten Handelns. Kriterien zur Beurteilung von Kosten und Nutzen der Kooperation sind Übertragungseffekte und Unsicherheiten (Klodt 1999). Übertragungseffekte kennzeichnen Auswirkungen von Regeln in einem Segment der Wirtschaft auf andere Bereiche, im Inland wie im Ausland, also externe Effekte. Unsicherheiten beinhalten den Umstand, dass im Voraus nicht klar ist, ob kooperative Regeln Übertragungseffekte begrenzen oder verstärken.

Daraus ergibt sich ein Dilemma. Einerseits kann der Verzicht auf Kooperation infolge von Übertragungseffekten Wohlfahrtseinbußen bewirken, andererseits kann Kooperation den Wettbewerb um die beste Lösung behindern – siehe Steuerwettbewerb versus Abstimmung zwischen den Ländern der Eurozone. Ziel jeder Kooperation sollte es sein, negative Übertragungseffekte einzudämmen, ohne den Wettbewerb um die beste Lösung zu unterbinden; stets ist zwischen Übertragungseffekten und Unsicherheiten abzuwägen. Das zu entscheiden ist nicht einfach. Aber es gibt Beispiele für richtige Entscheidungen. So waren sich vor Einführung des Euro die Regierungen und Zentralbanken der Bei-

trittsländer einig, dass diese extreme Kooperation im monetären Bereich allen nützlich ist, weil reale Wechselkursänderungen negative Übertragungseffekte verursachen. Reale Wechselkursänderungen nutzen keinem Land, sie schaden jedem Land.<sup>1</sup> Das wurde mit dem Euro ein für alle Mal ausgeräumt. Vermutet wurde auch, die Gemeinschaftswährung werde Unsicherheiten hinsichtlich einer angemessenen Lohnpolitik in den Ländern der Eurozone ausräumen. Das war eine Fehleinschätzung.

#### 2.2 LOHNPOLITIK IN DER WÄHRUNGSUNION

Bei dem Nebeneinander nationaler Währungen im EWS konnte ein zu hoher Lohnabschluss und die daraus folgende Einbuße an internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch eine Währungsabwertung korrigiert werden. In einigen Ländern hatten sich die Tarifparteien darauf eingestellt. Weil Lohnfehler korrigierbar waren, kam es nicht so sehr darauf an, sie zu vermeiden. Das musste zu Inflation führen, zu über- und unterbewerteten Währungen, zu einer Vielzahl von Leitkursanpassungen, zu Unsicherheiten als Hemmnis für das Wirtschaftswachstum.

Hinter dem Projekt der Einheitswährung für Europa stand auch das deutsche Interesse, Lohnzurückhaltung mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, nicht immer wieder von Aufwertungsschüben der D-Mark zunichte gemacht zu sehen. So war zur Zeit des EWS der Anstieg der Lohnstückkosten in Deutschland geringer als in allen anderen großen Teilnehmerländern – gemessen in nationalen Währungen. Umgerechnet in

<sup>1</sup> Die nachteiligen Effekte scharfer realer Wechselkursänderungen sind vielfältig. Es kann zu einer Verlagerung von Produktion in Abwertungsländer kommen, die bei einer nachfolgenden Wechselkurskorrektur rückgängig gemacht wird (Wechselkursfabriken), verbunden mit Vermögensverlusten; reale Wechselkursänderungen können entweder die Inflationsrate ansteigen lassen oder Fehler der Lohnpolitik bewirken, ausgelöst von einem vermeintlich höheren als nachhaltig bestehenden Verteilungsspielraum bei einer realen Währungsabwertung. Kurz: Scharfe Änderungen des realen Außenwerts von Währungen beschädigen die Allokationseffizienz des Preissystems. Ausführlich hierzu *Filc* (1983).

ECU kehrt sich das Bild in das Gegenteil um (Tabelle 1).

Das war Ergebnis von Leitkursanpassungen im EWS, die zunächst stets zu realen Aufwertungen der D-Mark führten und erzwangen, produktivitätsschwächere Produktion in Deutschland aufzugeben und Beschäftigung abzubauen. Erst nach und nach wurden reale Aufwertungen der D-Mark abgebaut, weil die inländischen Preise und Löhne hinter dem Anstieg im Ausland zurückblieben. Aber der Beschäftigungsverlust blieb dauerhaft. Anders: Zu sagen, das Kostenniveau einer Volkswirtschaft ist zu hoch, oder: ihre Währung ist überbewertet, läuft auf dasselbe hinaus. Damit wird deutlich, wie wichtig es in der Eurozone ist, die Lohnentwicklung der Teilnehmerländer im Hinblick auf Beschäftigung und Preisstabilität abzustimmen – nicht zu viel, nicht zu wenig, angemessen eben.

Vor dem Euro gab es eine klare Richtschnur für die Lohnpolitik, weil zu hohe Lohnsteigerungen die maßgebliche Ursache von Inflation sind (EZB 2005). Wird die von einer Zentralbank tolerierte Inflationsrate überschritten, so kommt sie nicht umhin, dem mit steigenden Zinssätzen zu begegnen. Das führt in die Rezession und zu steigender Arbeitslosigkeit. In der EWU ist das anders. Zu hohe Lohnsteigerungen allein in einem Land haben geringe Auswirkungen auf die Inflationsrate in der Eurozone. Ein Eingreifen der Geldpolitik ist dann nicht unbedingt geboten. Die Strafe für ein Fehlverhalten der Lohnpolitik wird in steigender Arbeitslosigkeit sichtbar. Denn ein stärkerer Preisaufrtrieb als in anderen Ländern der Eurozone mindert die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Es ergibt sich eine reale Aufwertung in Ländern mit übermäßigen Lohnsteigerungen gegenüber anderen Ländern der Eurozone. Es war anzunehmen, dass die Tarifparteien diese neuen Spielregeln rasch beachten würden, nämlich dass in der Währungsunion Lohndisziplin unverzichtbar ist, soll der Konkurs von Unternehmen vermieden, sollen Arbeitsplätze gesichert werden.

Es gab Anzeichen, die in diese Richtung deuteten. Bis zum Eintritt in die Endstufe der Währungsunion vollzog sich eine zunehmende Konvergenz der Lohnstückkosten in der EU. Besonders eng wurde ihr Gleichlauf in Frankreich, Deutschland und Italien, den drei wirtschaftlichen Schwerewichten der EU (Holz 2004). Das erweckte den Eindruck, es würden im Vorgriff auf

**Tabelle 1: Lohnstückkosten in EU-Ländern** (Indexwerte, 1960 = 100)

Land	1989		1996	
	nationale Währungen	ECU	nationale Währungen	ECU
Deutschland	308	660	371	877
Frankreich	665	494	767	618
Großbritannien	961	539	1222	541
Italien	1512	661	1967	606
Spanien	1604	779	2249	394

Quelle: Weimer (1998, S. 462)

WSI Hans Böckler Stiftung

die künftig einheitliche europäische Währung erst dann wirksam werdende Konvergenzzwänge antizipiert, ohne institutionelle Koordinierung der Lohnpolitiken der Länder und bei unterschiedlichen Lohnverhandlungssystemen. Dabei wurde deutlich, dass Deutschland eine Führungsrolle bei den Lohnstückkosten übernommen hatte, weil in anderen Ländern deutschen Vorgaben gefolgt wurde. Mit einer Führungsrolle muss aber sorgsam umgegangen werden. Das galt vor Einführung des Euro für die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank als Leitzentralbank in Europa, das gilt in der Eurozone für die deutsche Lohnpolitik. Der maßgebliche Verantwortungsbereich für Fortschritte der wirtschaftlichen Integration war mit dem Euro von der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank auf die Lohnpolitik in Deutschland übergegangen. Es war zu hoffen, dass die Tarifparteien in Deutschland dieses Signal verstehen und in sachgerechte Entscheidungen umsetzen. So führt eine unverantwortlich expansive Lohnpolitik in Deutschland Europa in die Inflation, mit restriktiver Geldpolitik und Rezession im Gefolge. Entsprechend muss ein übermäßiger Lohnverzicht die Binnennachfrage und das Wirtschaftswachstum dämpfen, was in Stagnation, Rezession, gar Deflation einmünden kann.

Diese Hoffnung hat getrogen. Seit einigen Jahren läuft die Lohnpolitik der Mitgliedsländer der Eurozone wieder auseinander. Die Lohnpolitik in Deutschland steht unter einem Spardiktat, in anderen Ländern treibt der Lohnanstieg die Lohnstückkosten erheblich empor. Hierzu einige wenige Zahlen als Beleg:<sup>2</sup> Auf der Basis der Werte des ersten Quartals 1995 sind bis zum ersten Quartal 2005 die Lohnstückkosten in Deutschland um 1,6 % gestiegen, in der Eurozone um 13,4 %, in Spanien um 33 %, in den Niederlanden um 31 %, in Italien um 26 %.<sup>3</sup>

Es sei daran erinnert, dass von der Mehrzahl der Ökonomen und den meisten Politikern eine langjährige Lohnpause in Deutschland als Königsweg zu mehr Beschäftigung erachtet worden war und von vielen immer noch empfohlen wird. Es hätte deshalb erwartet werden können, dass ein Land mit besonderer Lohnzurückhaltung bei der Beschäftigung besser abschneidet als Länder mit einem höheren Lohndruck. Das Gegenteil ist der Fall. Länder mit ausgeprägt moderater Lohnentwicklung haben bei der Beschäftigung schlecht abgeschnitten. Für die vier größten Länder des Euroraums (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien) zeigt sich für den Zeitraum 1998 bis 2004 eine klare negative Korrelation: Spanien mit dem höchsten Anstieg der Arbeitskosten weist den größten Beschäftigungsgewinn auf, Deutschland bei rückläufigen Arbeitskosten einen Abbau von Arbeitsplätzen (Hallwirth 2005). Lohnmoderation hat sich bei der Beschäftigung nicht ausgezahlt. Vielmehr zeigt sich in Deutschland seit Jahren wie in einem Laborexperiment, dass eine allzu ausgeprägte Lohnzurückhaltung Beschäftigung kostet, weil die Binnennachfrage nicht in Gang kommt. Die bei den Unternehmen anfallenden Erträge dieser extremen Lohnmoderation werden aber nicht für Investitionen in Sachkapital genutzt, wie das angebotsorientierte Ökonomen prophezeit hatten. Vielmehr verwenden deutsche Unternehmen sprudelnde

<sup>2</sup> Andere Beiträge in diesem Heft (Walterskirchen; Flassbeck; Logeay u.a.) behandeln ausführlich die Entwicklung von Löhnen und Lohnstückkosten in der Eurozone.

<sup>3</sup> Diese Zahlen hat mir freundlicherweise Katja Rietzler (IMK) zur Verfügung gestellt. Die Lohnstückkosten werden als Arbeitnehmerentgelt in Relation zum realen BIP ermittelt.

**Tabelle 2: Indexwerte des deutschen Außenhandelssaldos**  
(Durchschnitt 1990–1994 = 100)

Jahr	alle Länder	EU (15)	EWU-Länder	EWU (3) <sup>1)</sup>	nachrichtlich: Anteil EWU (3) am Export- überschuss in %
1995	159	144	115	97	25
2000	210	271	261	302	58
2001	336	316	317	371	45
2002	487	387	378	398	38
2003	433	430	410	421	39
2004	516	498	491	482	38

1) Frankreich, Italien, Spanien.

Quelle für Grundzahlen: Zahlungsbilanzstatistik, Deutsche Bundesbank, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3, Juni 2005.

WSI Hans Böckler  
Stiftung

Gewinne zum Erwerb von Finanzaktiva oder zum Rückkauf eigener Aktien.<sup>4</sup>

Noch einmal: Ein zu hohes Kosten-niveau einer Volkswirtschaft ist ähnlich zu bewerten wie eine überbewertete Wäh-rung. Bei nationalen Währungen und an-passungsfähigen Leitkursen in einem Fest-kurssystem wie dem EWS, führt eine reale Aufwertung zu einem Leistungsbilanzdefi-zit und letztlich einem Beschäftigungsab-bau. Das war immer wieder zu beobachten. In der Währungsunion haben unterschiedliche Verläufe der Lohnstückkosten die gleiche Wirkung. Unternehmen eines Lan-des mit einem starken Zuwachs der Lohnstückkosten verlieren an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Unter-nehmen von Ländern, in denen eine zurückhaltende Lohnpolitik verfolgt wird. Auf längere Sicht gesehen wird dann der Handel zwischen den Ländern der Währungsunion extrem ungleichgewich-tig. Die ausgeprägte Dämpfung von Nomi-nallohnezuwächsen der letzten Jahre in Deutschland zeitigte dieses Ergebnis.

Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1994 ist der Handelsbilanz-überschuss Deutschlands bis 2004 gegen-über allen Ländern zusammengenommen, den Ländern der Europäischen Union (15), den EWU-Ländern und den drei größten Mitgliedsländern der Währungsunion un-gefähr um den Faktor 5 gestiegen (*Tab-elle 2*), gegenüber Italien gar um den Fak-tor 12.

Deutsche Unternehmen konkurrieren mit dem Spardiktat bei den Löhnen Wett-bewerber aus anderen Ländern an die Wand, auch in der EWU. Freilich ist zu berücksichtigen, dass in einigen Ländern der EWU eine preistreibende Lohnpolitik verfolgt wird – hier Reallohnpause, dort unangemessen starke Lohnexpansion. Die Konvergenz der Lohnstückkosten auf ei-

nem mittleren Niveau, wie vor Inkrafttre-ten der Währungsunion, ist Vergangenheit.

Das kann zu einem Sprengsatz für die EWU werden. Die Lösung dieses Dilem-mas kann auf drei Wegen geschehen. Ers-tens könnten sich die Tarifparteien aller Mitgliedsländer der EWU an dem Land mit dem stärksten Lohnzuwachs orientieren. Das muss die Inflationsrate in der Eurozo-ne emporschnellen lassen, mit geldpoliti-scher Restriktion und Rezession im Gefol-ge. Zweitens könnten sich Tarifparteien al-ler Länder an den Lohnabschlüssen in Deutschland orientieren, also das Spardik-tat bei den Löhnen kopieren. Dann wird das Schlusslicht Deutschland das Wirt-schaftswachstum in der Eurozone bestim-men. Die europäische Beschäftigungsmise-re kann so nicht gelöst werden, sie würde verschärft. Sind die Tarifparteien anderer EWU-Länder hierzu nicht bereit, so gibt es allein die Option, die Währungsunion auf-zukündigen, um mit einer Währungsab-wertung die preisliche Wettbewerbsfä-higkeit zu verbessern. Das wäre eine Katast-rophe für Europa. Und schließlich können sich drittens die Träger der Lohnpolitik in den Ländern der EWU auf einen mittleren Kurs für die Lohnexpansion einigen. Zu dieser Lösung des Dilemmas gibt es keine brauchbare Alternative. Das verlangt inter-nationale Kooperation der Lohnpolitik.

Die Regel hierfür ist denkbar einfach: Rückkehr zu einer produktivitätsorientier-ten Lohnpolitik. Nominallohnsteigerun-gen haben sich am Fortschritt der realen Produktivität zuzüglich der Zielinflations-rate der EZB zu orientieren. Dann wächst das durchschnittliche reale Pro-Kopf-Ein-kommen in gleichem Tempo wie die durchschnittliche reale Produktivität. Zu-dem werden damit Verteilungskonflikte entschärft, weil Arbeitnehmer und Kapi-taleigentümer angemessen am Einkom-

menzuwachs beteiligt werden. Der Neuig-keitswert dieser Botschaft ist begrenzt. Er-staunlich ist aber, dass diese einfache Ein-sicht nicht beachtet wird, obwohl die Er-fahrung zeigt, dass eine extreme Lohnmo-deration keine Probleme löst, sondern sie verstärkt.<sup>5</sup>

Diese Orientierungshilfe für die Nomi-nallohntwicklung sollte einen hinrei-chenden Spielraum für länderspezifische Unterschiede lassen. Koordinierung der Lohnpolitik in der EWU sollte nicht mit Uniformität verwechselt werden. Wird aber eine derartige Lohnregel befolgt, so kann sich die Geldpolitik leichter am Ziel eines angemessenen Wirtschaftswachstums bei hoher Beschäftigung orientieren.

### 2.3 EIN KOOPERATIONSDESIGN FÜR DIE GELDPOLITIK UND DIE LOHNPOLITIK

Geldpolitik ist Zinspolitik. Dabei ist der Zins angesprochen, der von Zentralbanken nach Belieben bestimmt werden kann, weil sie an diesem Markt Optionsfixierer sind, der Zinssatz für Tagesgeld. Erfahrungen des letzten Jahrzehnts in der Schweiz, in den USA und in Japan belegen, dass ein geld-politischer Kurs, der Tagesgeldsätze nur wenig oberhalb oder gar knapp unterhalb der Inflationsrate fixiert, Wachstumskräfte zu beleben vermag, ohne Inflation zu ris-kieren. Das verlangt die Entlastung der Geldpolitik, indem Lohnabschlüsse unter Berücksichtigung des Produktivitätsfort-schritts die Inflationsrate unterhalb einer

4 Erstmals seit Erstellen der Finanzierungsrechnung durch die Deutsche Bundesbank werden für 2004 eine Innenfinanzierungsquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften von 118,6 % und eine positive Nettogeldvermögensbildung von 36,6 Mrd. € ausgewiesen. Die Bruttoinvestitionen in Höhe von 209 Mrd. € konnten deshalb vollständig selbst finanziert werden und darüber hinaus konnte das Nettogeldvermögen von Unternehmen aufgestockt werden (Deutsche Bundesbank 2005).

5 Bemerkenswert ist, dass die „Grundzüge der Wirt-schaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Ge-meinschaft (Zeitraum 2003-2005)“ (Europäische Kommission 2003) eine entsprechende lohnpoliti-sche Empfehlung enthält, ohne dass sich die Trä-ger der Stabilisierungspolitik darum scheren. So heißt es in Leitlinie 3: „Die Lohnentwicklung soll-te zu stabilen makroökonomischen Bedingungen und einem beschäftigungsfreundlichen Policy-Mix beitragen. ... Dementsprechend ist es wichtig si-cherzustellen, dass die Nominalloohnerhöhungen mit Preisstabilität und Produktivitätsgewinnen vereinbar sind.“

von der Zentralbank gesetzten Norm halten. Von der EZB wird diese Preisnorm mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von knapp unterhalb 2 % gegenüber dem Vorjahr definiert. Folglich ist eine an Wirtschaftswachstum und Beschäftigung orientierte Geldpolitik nur möglich, wenn die zuerst auf Wahrung der Preisstabilität verpflichtete EZB keine Inflationsimpulse abzuwehren hat, die von den Löhnen ausgehen.

Wie aber kann die Geldpolitik Wirtschaftswachstum und Beschäftigung fördern? Sie beherrscht die Zinsbildung am Geldmarkt und sie dominiert das Zinsspektrum an allen monetären Märkten, wird ihren Zinssignalen Glaubwürdigkeit beigemessen. Dann üben Zentralbanken durch die Zinsfixierung am Geldmarkt erheblichen Einfluss auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung aus (Filc 1992). Deshalb steht der Tagesgeldsatz im Mittelpunkt einer geldpolitischen Strategie, die als Teil eines kooperativen Gesamtkonzepts aller Träger der Stabilitätspolitik auf Wirtschaftswachstum abzielt. Zudem bedarf es einer Regel für die Zinspolitik, die von privaten Akteuren als angemessen akzeptiert wird. Es sind Verluste zu minimieren, indem Abweichungen der Inflationsrate von einem Normwert und des Wirtschaftswachstums von einem Zielwert gering gehalten werden. *Taylor* stellt dazu fest: „Gute Politikregeln verlangen normalerweise Veränderungen des Tagesgeldsatzes als Reaktion auf Veränderungen des Preisniveaus oder des Realeinkommens“ (Taylor 1995, S. 195).

Der Taylor-Zins, inzwischen in vielen Varianten verwendet, ist Ausdruck dieser Strategie. Hier wird ein anderer Indikator verwendet, um den geldpolitischen Kurs zu bewerten. Wie der Taylor-Zins soll er über angemessene Reaktionen der Zinspolitik bei gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen Auskunft geben.

Der geldpolitische Kurs wird anhand der Differenz zwischen einem kurzfristigen Geldmarktsatz abzüglich der Veränderungsrate der Verbraucherpreise (HVPI) und der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts, jeweils gegenüber dem Vorjahr, gemessen.<sup>6</sup> Folglich werden reale Größen verglichen. Anhand dieses Maßstabs wird die Geldpolitik als neutral eingestuft, wenn die Werte des inflationsbereinigten Geldmarktsatzes und des realen Wirtschaftswachstums gleich hoch sind. Neutralität der Geldpolitik heißt, dass

von ihr weder expansive noch restriktive Effekte ausgehen. Entsprechend wird der geldpolitische Kurs als expansiv bewertet, wenn das reale Wirtschaftswachstum höher ist als der preissteigerungsbereinigte Geldmarktsatz und restriktiv, wenn Umgekehrtes gilt.

Weil die Lohnstückkosten die Inflationsrate weitgehend bestimmen (Flassbeck/Spiecker 2000), wird eine der Preisstabilität verpflichtete Zentralbank die Geldmarktsätze anheben, wenn ein Auftrieb der Lohnstückkosten die Inflationsrate über die Preisnorm zu steigen drohen lässt. So erhöhte die Bundesbank regelmäßig ihre Zinssätze, wenn die Lohnstückkosten um mehr als 2 % gegenüber dem Vorjahr stiegen, auch dann, wenn die aktuelle Inflationsrate konstant blieb (Filc 2004). Das ist ein restriktiver Effekt, weil bei unveränderten Preisen und gegebenem Wirtschaftswachstum die Nettozinsbelastung der Wirtschaft steigt: Die reale Zinsbelastung steigt, die realen Ertragszuwächse von Unternehmen bleiben unverändert. Ein Ausgleich erforderte ein höheres Wirtschaftswachstum. Bei steigenden Zinssätzen ist das aber kaum zu erreichen.

Dieser Indikator zur Bewertung des Kurses der Geldpolitik hat sich mehrfach bewährt. Sowohl die Deutsche Bundesbank (Filc 1993; Filc/Sandte 1998) als auch die EZB (Filc 2004) reagierten auf Impulse, die von der Lohnpolitik ausgehen und auf verändertes Wirtschaftswachstum, die eine weniger auf das eine als das andere Signal, die andere mehr auf das andere als das eine Datum. Deutlicher: Die Bundesbank verfolgte im Vergleich zur EZB eine maßgeblich auf die Vermeidung von Inflationsimpulsen konzentrierte Politik. Gezeigt hat sich auch, dass sich die EZB implizit deutlicher an Veränderungen der Lohnstückkosten orientiert als die Zentralbanken der Euroländer zuvor (Filc 2004, S. 127ff.). Das ist ein bemerkenswerter Fortschritt einer stabilitätsorientierten Geldpolitik.

Die EZB sollte die Grundlagen ihrer zinspolitischen Konzeption aber offen legen und bereit sein, sie explizit in ein kooperatives Konzept der Geldpolitik und der Lohnpolitik einzubringen. Dabei steht jede Kooperation der Träger der Stabilitätspolitik unter dem Primat der Geldpolitik. Die Geldpolitik ist Sanktionsinstanz für aus ihrer Sicht stabilitätswidriges Verhalten anderer. Sieht sie die Preisstabilität gefährdet, so treibt sie die Zinssätze empor, drückt die

Konjunktur und drängt Inflationsimpulse zurück. Dagegen kann niemand Fehler der Geldpolitik sanktionieren. Deshalb darf sich die Zentralbank eines demokratischen Gemeinwesens einem kooperativen Konzept der Stabilitätspolitik nicht entziehen (Filc 1997a). Es erhöht und beschleunigt den Informationsstand aller Akteure, ohne Risiken für eine zuerst an der Preisstabilität orientierte Geldpolitik zu erzeugen. Denn weichen Träger der Stabilitätspolitik von ihren Zusagen ab, kann die Zentralbank ihre Zinspolitik in Stellung bringen.

Kooperation setzt voraus, dass die Ziele der Beteiligten nicht widersprüchlich sind. Bei der Stabilitätspolitik ist das nicht erkennbar, wenngleich ihre Träger unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Die europäische Geldpolitik steht unter dem Primat der Preisstabilität, während sich die Lohnpolitik zuerst für einen angemessenen Lohnzuwachs bei hoher Beschäftigung verantwortlich sieht. Interessenkollisionen können vermieden werden, wenn in der Eurozone eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik befolgt wird und die EZB im Gegenzug glaubwürdig versichert, bei nicht gefährdeter Preisstabilität und geringem Wirtschaftswachstum sowie hoher Arbeitslosigkeit den Realzins unterhalb des Werts des realen Wirtschaftswachstums zu halten.

Das verlangt abgestimmte Anpassungen der Geldpolitik und der Lohnpolitik in der EWU. Vorausgesetzt, es gelingt zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik in den Euroländern zurückzufinden, könnte die EZB signalisieren, eine neutrale Zinspolitik zu verfolgen, wenn der Zuwachs der Lohnstückkosten im Durchschnitt der EWU unter einem Wert bleibt, der die Preisnorm von 2 % nicht gefährdet. Deutlich gemacht werden sollte aber auch, dass die EZB ohne Zögern ihre Zinssätze anheben wird, sollte der Auftrieb der Lohnstückkosten diese Marke überschreiten. Schließlich sollte bei schwachem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit die Zinspolitik auf Expansion umschalten, gibt es keinen von den Lohnstückkosten ausgehenden Inflationsdruck. Dann sind auch negative Realzinssätze möglich, ohne Preisstabilität zu gefährden.

<sup>6</sup> Zur Konzeption des verwendeten Maßstabs für den Kurs der Geldpolitik vgl. *Filc* (1993).

Ein derart abgestimmtes Konzept setzt eine gemeinsame Plattform für den Austausch von Informationen und zur Vorbereitung von Entscheidungen voraus – Kooperation eben. So können einfache Fehler vermieden werden, weil von der Lohnpolitik ausgehende Signale rascher erkannt und für eine an Preisstabilität und Beschäftigung orientierte Geldpolitik genutzt werden können. Möglicherweise ist das robuste Wirtschaftswachstum der USA auch darauf zurückzuführen, dass die amerikanische Notenbank schneller auf Lohnsignale reagierte als die Deutsche Bundesbank (Horn 1999). In der EWU gibt es hierzu Lernbedarf, der in einem kooperativen Konzept der Stabilitätspolitik leichter zu stillen ist als bei einem isolierten Nebeneinander von Geldpolitik und Lohnpolitik.

## 3 Ausblick

Es hat zwanzig Jahre bedurft, um vom EWS zur Europäischen Währungsunion zu gelangen. Die Erfahrungen seitdem haben gezeigt, dass die Währungsunion ein Stadium eines unvollendeten Integrationsprojekts markiert. Integration ist ein Prozess, kein Zustand. Selten gibt es langen Stillstand, entweder geht es voran oder zurück. Achten wir darauf, das Erreichte nicht aufs Spiel zu setzen. Das kann nur gelingen, wenn die wirtschaftliche Integration im Euroraum vorangetrieben wird. Hierbei sind vor allem Lohnpolitik und Geldpolitik angesprochen.

Diese beiden Träger der Stabilisierungspolitik sollten sowohl auf Preisstabilität als auch einen hohen Beschäftigungsgrad abzielen. Das verlangt ein kooperati-

ves Konzept. Sowohl Lohnpolitik als auch Geldpolitik sollten sich an expliziten Regeln orientieren und sie aufeinander abstimmen. Zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik in den Ländern der Eurozone, ergänzt um länderspezifische Differenzierungen, gibt es keine erkennbare Alternative. Dazu passt eine Zinspolitik, die von der Lohnentwicklung ausgehende Signale berücksichtigt und das auch konzeptionell sichtbar werden lässt. Freilich sind diese Hinweise nicht als Handlungsanweisung zu interpretieren, die bedenkenlos stets anzuwenden wäre. Zwar geht es ohne Regeln nicht, aber sie sind an sich verändernde ökonomische Bedingungen flexibel anzupassen. Aber ohne ein kooperatives Konzept von Lohnpolitik und Geldpolitik wird die EWU schweren Belastungsproben ausgesetzt werden. Mögen die Tarifparteien in den Ländern des Euroraums und die für die Geldpolitik in der EWU Verantwortlichen weise genug sein, das zu verhindern.

## LITERATUR

**Bofinger, P./Collignon, S./Lipp, E.-M.** (Hrsg.) (1993): Memorandum führender deutscher Wirtschaftswissenschaftler zur Währungsunion vom 11.6.1992; in: *Währungsunion oder Währungschaos? – Was kommt nach der D-Mark?*, Wiesbaden, S. 231–233

**Bohley, P.** (2004): Euro: Eine Bremse für das deutsche und europäische Wirtschaftswachstum?; in: *Wirtschaftsdienst* 9, S. 568–574

**Clausen, V./Willms, R.** (1993): Unabhängigkeit der Zentralbank; in: *WiSt* 12, S. 605–607

**Deutsche Bundesbank** (2005): Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2004; in: *Monatsbericht* Juni, S. 15–35

**Europäische Kommission** (2003): Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft (Zeitraum 2003–2005); in: *European Economy* 4

**EZB** (2005): Geldpolitik und Inflationsdivergenz in einem heterogenen Wirtschaftsraum; in: *Monatsbericht* Mai, S. 65–82

**FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung** (1998): Der Euro kommt zu früh, Wirtschaftswissenschaftler nehmen Stellung zum geplanten Beginn der Europäischen Währungsunion, Frankfurt, 9. Februar, S. 15

**Filc, W.** (1983). Internationale Wirtschafts- und Währungsprobleme: Floating, Arbeitslosigkeit und Geldpolitik; in: *Kredit und Kapital*, S. 81–97

**Filc, W.** (1992): Monetäre Fundierung einer angebotsorientierten Stabilisierungspolitik; in: *Konjunkturpolitik* 5/6, S. 316–339

**Filc, W.** (1993): Bundesbank, Konjunktur und EWS; in: *Wirtschaftsdienst* 9, S. 264–268

**Filc, W.** (1997): Das Ende der Effizienzträume; in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, S. 9 – 28

**Filc, W.** (1997a): Die Stabilitätspolitik koordinieren – Ein wirtschaftspolitischer Verhaltenskodex für die Deutsche Bundesbank; in: *Möhring-Hesse, M./Emunds, B./Schroeder, W.* (Hrsg.): *Wohlstand trotz alledem – Alternativen zur Standortpolitik*, München

**Filc, W.** (1998): Monetäre Aspekte einer Theorie optimaler Währungsräume; in: *Lange, C./Rohde, A./Westphal, H. M.* (Hrsg.), *Monetäre Aspekte der europäischen Integration*, Berlin, S. 95 – 109

**Filc, W.** (2004): Ein Konzept für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion; in: *Hofer, M. B./Kotz, H.-H./Simmert, D. B.* (Hrsg.), *Geld- und Wirtschaftspolitik in gesellschaftlicher Verantwortung*, Berlin, S. 115–132

- Filc, W./Sandte, H.** (1998): Für eine regelgebundene Unabhängigkeit der Zentralbank; in: Heise, A. (Hrsg.), Renaissance der Makroökonomik, Marburg, S. 125–140
- Flassbeck, H./Spiecker, F.** (2000): Löhne und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich, Kurzstudie für die Hans-Böckler-Stiftung und den Bundesvorstand des DGB, Berlin
- Hallwirth, V.** (2005): Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik; in: Wirtschaftsdienst 5, S. 295–303
- Hengsbach, F.** (1997): Vater der Marktwirtschaft – ein Mythos; in: Süddeutsche Zeitung, 1./2. 2., S. 8
- Holz, M.** (2004): Kooperationsmöglichkeiten zwischen Trägern der Makropolitik in der EWWU, Berlin
- Horn, G. A.** (1999): Zur Koordination von Geld- und Lohnpolitik. Eine empirische Analyse für die USA und Deutschland; in: Filc, W./Köhler, C. (Hrsg.), Macroeconomic Causes of Unemployment: Diagnosis and Policy Recommendations, Berlin, S. 419 – 439
- Klodt, H.** (1999): Internationale Politikkoordination: Leitlinien für den globalen Wirtschaftspolitiker; in: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Kieler Diskussionsbeiträge 343
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05
- Taylor, J. B.** (1995): The Monetary Transmission Mechanism. An Empirical Framework; in: Journal of Economic Perspectives 4, S. 11–24
- Vaubel, R.** (1992): Das Ende der Preisstabilität; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3., S. 13
- Vaubel, R.** (1997): Kein Pakt für Preisstabilität; in: Wirtschaftsdienst 1, S. 10–16
- Vaubel, R.** (1997a): Rechnen Sie mit einer höheren Inflationsrate; in: Bredo, J. K./Volg, R. (Hrsg.), Die Währungsunion, Ittstein, S. 97–105
- Weimer, W.** (1998): Deutsche Wirtschaftsgeschichte: Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg

## CALL FOR PAPERS

SASE (Society for the Advancement of Socio-Economics)

**18th Annual Meeting on Socio-Economics**  
University of Trier, Germany, June 30–July 2, 2006

### Constituting Globalization: Actors, Arenas and Outcomes

Contrary to views that globalization constitutes an unstoppable force, immune to intervention, this conference foregrounds a focus on the role of actors in both the creation and further shaping of the globalization process. Actors, such as MNCs, states, international institutions, non-governmental and interest organisations, as well as social movements are seen to influence the dynamics and direction of this process in many arenas and at multiple levels. Presenters will address crucial interventions by collective actors in developed and developing societies. Speakers will evaluate the often complex and contradictory economic, social and political effects on various constituencies, such as vulnerable countries, regions, industries or social groups, as well as monitor the increase in wealth and/or influence of more powerful actors.

### Submitting a Proposal

If you are interested in organizing a panel or presenting a paper, fill out the Paper Proposal Form or the Session Proposal Form on the SASE website.

Complete meeting information available on SASE's website: <http://www.sase.org>

The deadline for submitting Proposals is January 15, 2006.